



Amtsgericht Moers

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 30.07.2026, 09:00 Uhr,
2. Etage, Sitzungssaal 225, Haagstraße 7, 47441 Moers**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Repelen, Blatt 2702,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Repelen, Flur 56, Flurstück 853, Gebäude- und Freifläche, Talstraße 6,
Größe: 802 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten ist das Grundstück mit einem Wohn- und Geschäftshaus, Baujahr 1913 gemäß Bauakte, und 10 Garagen, Baujahr 1964, bebaut.

Derzeit im Erdgeschoss -straßenseits-als Ladenlokal, im Erdgeschoss -rückwärtig-als Lagerfläche und im 1. Obergeschoss und Dachgeschoss als Wohnung genutzt.

Die Wohnfläche beträgt im 1. Obergeschoss ca. 89 qm inkl. anteiliger Terrassenfläche, die Wohnfläche im Dachgeschoss ca. 98 qm inkl. anteiliger Balkonfläche, die Nutzfläche im Erdgeschoss beträgt etwa 161 qm (davon Laden ca. 48 qm, ehemalige Backstube inkl. Nebenräume etwa 113 qm).

Es besteht ein hoher Modernisierungs- und Sanierungsstau.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.01.2025

eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

343.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.